

Bierstädter Zeitung

Amtsblatt — Anzeiger für das blaue Vändchen

Erscheint 3 mal wöchentlich
Dienstags, Donnerstags und Samstags
Bezugspreis monatlich 60 Pfg., durch die Post
vierteljährlich Mk. 1. 0 und Bestellgeld. ::

(Umfassend die Ortschaften: Auringen, Breckenheim, Delkenheim,
Diedenbergen, Erbenheim Heßloch, Igshadt, Kloppenheim, Massenheim,
Medenbach, Nautod, Nordenstadi, Rambach,
Sonnenberg, Wallau, Wildbachlen.)

Der Anzeigenpreis beträgt: für die kleinspaltige
Pfeilzeile oder deren Raum 20 Pfg. Reklamen
und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro
Zeile mit 50 Pfg. berechnet. Eingetragen in der
:: :: Postzeitungsliste unter Nr. 1110 a. :: ::

Redaktion und Geschäftsstelle :: Bierstadt, Ecke Moritz- und Röderstraße. :: Fernruf 2027. :: Redaktion, Druck und Verlag von Heinrich Schulze in Bierstadt

Nr. 68.

Donnerstag, den 13. Juni 1918.

18. Jahrgang.

Was ist denn nun beschlossen worden?

Das Wahlrecht in der Kompromißform.

Bei der Wahlrechtsaktion im Abgeordnetenhaus ist eine Form der Vorlage aus der 4., der endgültigen Abstimmung, herausgekommen, die durch die folgenden Bestimmungen ihre Wesensheit erhält:

Jeder Wähler hat eine Grundstimme.

Außerdem erhält je eine Zusatzstimme

1. wer mindestens 50 Jahre alt ist,

2. wer entweder

a) in Land- oder Forstwirtschaft, Gärtnerei, Fischerei, Bergbau, Industrie, Gewerbe, Handwerk, Handel, Verkehr oder im freien Berufe selbstständig oder als leitender Beamter oder sonstiger Geschäftsleiter vom vollendeten 25. Lebensjahre an gerechnet seit mindestens einem Jahre tätig ist oder mindestens 20 Jahre tätig gewesen ist, oder
b) mehr als 10 Jahre (einschließlich der Militärzeit) vom vollendeten 25. Lebensjahre an gerechnet im Reichs-, Staats-, Kommunal-, Kirchen- oder Schuldienst hauptamtlich tätig ist oder gewesen ist und nicht straf-, ehren- oder disziplinargerichtlich aus dem Amte entfernt worden ist, oder

c) mehr als 10 Jahre vom vollendeten 25. Lebensjahre an gerechnet in einer deutschen Körperschaft des öffentlichen Rechtes oder in ihrer Vertretung oder Verwaltung ehrenamtlich oder als fest angestellter Beamter tätig gewesen ist oder gewesen ist und nicht straf-, ehren- oder disziplinargerichtlich aus dem Amte entfernt worden ist, oder

d) mehr als 10 Jahre vom vollendeten 25. Lebensjahre an gerechnet in Land- oder Forstwirtschaft, Gärtnerei, Fischerei, Bergbau, Industrie, Gewerbe, Handwerk, Handel, Verkehr, im öffentlichen Dienste oder im freien Berufe als nichtleitender Angestellter in gehobener Stellung tätig ist. Als solche gelten alle Angestellten im Sinne des Versicherungsgesetzes für Angestellte vom 20. Dezember 1911 ohne Rücksicht auf die in diesem Gesetze festgesetzte Gehaltsgrenze, oder

e) mehr als 10 Jahre vom vollendeten 25. Lebensjahre an gerechnet in staatlichen, gemeindlichen oder privaten Betrieben als Aufseher, Vorarbeiter oder Kottensführer tätig ist und regelmäßig die Aufsicht über mindestens 5 Arbeiter führt.

Die auf Grund von Gesetzen, Gewohnheitsrecht oder Verkommen bestehende staatliche Ordnung des Verhältnisses des Staates zur evangelischen und zur katholischen Kirche wird dauernd aufrecht erhalten. Die hiernach diesen Kirchen, ihren Einrichtungen, Verbänden, Gemeinden, Anstalten, Stiftungen, Geistlichen und Kirchenbeamten zustehenden Befugnisse und Einkünfte werden gewährleistet.

Die evangelische und die römisch-katholische Kirche sowie jede andere Religionsgesellschaft bleiben in Schutz und Genus der für ihre Kultus-, Unterrichts- und Wohltätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds.

Der konfessionelle Charakter der öffentlichen Volksschulen wird entsprechend den Bestimmungen des Gesetzes, betreffend die Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen, vom 28. Juli 1906 (Gesetzsamml. S. 335) gewährleistet.

Diese Einzelheiten des Gesetzes sind grundlegend; um die in ihnen behandelten Gebiete tobt der Kampf. Alles andere hat geringere Bedeutung.

Wie wird der Wahlrechtskampf weiterlaufen?

Die Möglichkeiten für die Regierung.

Die nunmehr endgültige Entscheidung des Abgeordnetenhauses in der Wahlrechtsfrage ist wesentlich anders gewesen, als die Regierung es erwartet hatte. Und jetzt erhebt sich die Frage:

Was wird die Regierung tun?

Sie könnte

1. das Abgeordnetenhaus auflösen und Neuwahlen ausschreiben.

Von solchen Neuwahlen ist schon früher die Rede gewesen. Man hat sich aber keinem Zweifel darüber hingegen, daß Neuwahlen im Kriege den Bürgerfrieden empfindlich bedrohen müßten. Sie können also für die Regierung nur als allerletztes Mittel in Betracht kommen, nachdem alle anderen Möglichkeiten erschöpft sein würden. Anzunehmen ist daher, daß die Regierung mit der Vorlage in der neuen, vom Abgeordnetenhaus geschaffenen Fassung

2) aus Herrenhaus gehen wird, um die ihr dort zur Verfügung stehenden Einflüsse zugunsten ihrer ursprünglichen Vorlage anzuspannen. Auf jeden Fall wird der Streit jetzt ins Herrenhaus hinüberspielen, und es ist sicher, daß man dort mancherlei neue Gesichtspunkte, mancherlei neue Möglichkeiten zutage fördern, also neue Kompromisse versuchen wird: ob mit Aussicht auf Erfolg bei der Regierung, das kann angesichts der so sehr scharfen Stundgebungen der Regierung für ihre ursprüngliche Vorlage mit dem gleichen Wahlrecht bezweifelt werden.

Es besteht nun aber noch eine dritte, bisher nicht erörterte Möglichkeit. Wenn die Regierung sich auf sein Kompromiß einläßt, dann bleibt ihr nur der Weg der

Neuwahlen? Und dann?

Dann würde, da das ohnehin konservativ gerichtete Alter zu Hause überwiegt, möglicherweise doch noch eine Mehrheit gegen das gleiche Wahlrecht herauskommen, trotz der Erschütterung der Volksseele durch einen erbitterten Wahlkampf. Aber es wäre möglich, daß die Regierung

3. das Kompromiß annimmt, es Gesetz werden läßt, danach dem neuen Parlament sofort die Vorlage des gleichen Wahlrechts von neuem vorlegt.

Das neue Parlament, das auf Grund des Zusatzstimmen-Wahlrechts gewählt werden würde, würde ganz sicher das gleiche Wahlrecht sofort ohne weiteres annehmen.

Ein solches Vorgehen der Regierung möchte verabschieden. Aber es stünde in der Geschichte des Parlamentarismus gar nicht vereinzelt da, und es bedeutete zugleich ein schrittweises, also schwieriges Aufgeben: erleichterndes Verfahren. Ein Wahlkampf nach dem neuen Kompromiß-Wahlrecht würde dazu noch unter dem starken Eindruck einer ausgleichenden, erregungsmildernden Reue stehen, also manche Störung des Bürgerfriedens vermeiden.

Bei alledem hätte es für die Regierung den großen Vorteil, ganz sicher zum Ziele zu führen.

Allgemeine Kriegsnachrichten.

Der Kriegswahnsinn in Amerika

Scheint die Weiber noch mehr gepakt zu haben. 50 weibliche Verbände mit zusammen mehr als 30 000 Mitgliedern haben sich zu einem nationalen Feldzug gegen die deutsche Kultur vereinigt. Ihr Hauptziel ist, die deutschen Zeitungen gänzlich auszurotten, doch haben sie es auch auf die deutschen Bürger, auf die deutsche Musik und den öffentlichen Gebrauch der deutschen Sprache abgesehen. In jeder größeren Stadt Amerikas wollen sie Versammlungen abhalten. — Eigentlich haben diese Weiber ganz recht: die deutsche Kultur steht zu hoch für das nordamerikanische Herrenhaus.

Spazige Geschichte.

Der Korrespondent des „Daily Chronicle“ in Cork in Irland teilt nähere Einzelheiten über die Verhaftung des Mannes an der Westküste von Irland mit, der dort von einem deutschen U-Boot zelandet wurde, sich nun im Tower von London befindet und sich vor dem Kriegsgericht verantworten haben wird. Am 17. April sahen zwei Fischer, die in der Nähe des Felsens von Mohar an der Küste von Clara fischten, auf der kleinen Insel Warren, die ungefähr zehn Meilen von der irischen Küste entfernt liegt, einen Mann, der ihnen mit seinem Taschentuche zuwinkte, damit sie näher kommen sollten. Sie ruderten auf ihn zu. Er gab vor, O'Brien zu heißen und aus Clonakilly in der Grafschaft Cork gebürtig zu sein. Er behauptete ferner, Ueberlebender eines torpedierten Schiffes zu sein. Darauf ruderten ihn die Fischer nach der Küste, wo er mit Nahrung und trockenen Kleidungsstücken versehen wurde. Eine Untersuchung ergab, daß die Erzählung des Mannes unwahr war. In seinem Besitz hatte er eine große Summe englischen Silbergeldes. Mittlerweile wurde am frühen Morgen ein Boot, mit Kork montiert, ungefähr eine Meile weiter von der Küste entdeckt. Man vermutet, daß der Mann in diesem Boote an das Land herangerudert und in der Dunkelheit landete. Später erfolgte seine Verhaftung.

Das „Daily Chronicle“ spielt in England die Rolle des Leib- und Wagensblattes für alte Weiber jederlei Geschlechts, besonders des männlichen. Wer sich als liberaler Kaufmann mit diesem Schedebuch durch den verdeckten Pazifismus der „Daily News“ in seinem Geschäft bedroht fühlt und Zeit und Mühe zur Verdauung etwas steiferer politischer Kost hat, ver erbaute sich an diesem Philisterblatt. Es ist in den letzten Jahren zweifellos heruntergekommen. Einen Beweis dafür bietet auch diese Frenmeldung. Wenn der Mann auf der einsamen Insel ein deutscher Spion gewesen wäre, dann müßte er toll sein. Denn um auf einer einsamen Insel eventuell zu verhungern, dafür zieht kein Mensch als Spion aus.

Kleine Kriegsnachrichten.

* Der amerikanische Brigadegeneral Michie in Frankreich wurde, als er auf der Bahn nach Rouen fuhr, von einem plötzlichen Unwohlsein ergriffen und starb unmittelbar darauf.

* Auch die Gehäuse von Registrierkassen werden beschlagnahmt, indem sie gegen neugelieferte aus anderem Stoffe umgetauscht werden.

Jetzt hat das Herrenhaus das Wort.

Die Wahlrechtsvorlage im Abgeordnetenhaus verabschiedet.

— Berlin, 12. Juni 1918.

Das Abgeordnetenhaus erledigte heute die 4. Lesung der Wahlrechtsvorlage, und zwar im Sinne der Kompromißparteien.

Die Verhältniswahl

führte noch einmal zu einer lebhaften Aussprache. Die Abgg. v. Heydebrand (kons.), Dr. Lohmann (natl.), Dr. Lüdtke (freikons.) und Genossen beantragten Einführung der Verhältniswahl in den gemischt-sprachigen Wahlbezirken der Regierungsbezirke Danzig, Posen und Bromberg. Ferner sollen diese Bestimmungen nur durch eine Dreiviertelmehrheit der beiden Kammern abgeändert werden können.

Die Abgg. Brust (Zentr.) und Genossen wollen in den dichtbevölkerten Wahlbezirken bereits bei einer Einwohnerzahl von 150 000 einen weiteren Abgeordneten wählen lassen.

Ein Antrag Kronsohn (Sp.) will das Verhältniswahlrecht auch in einigen gemischt-sprachigen Bezirken einführen.

Abg. Koriouth (Pol.): Die Konservativen wollen mit der Verhältniswahl ein Ausnahmewahlrecht für die Wahlkreise mit polnischer Bevölkerung schaffen. Man will die Knechtung der Polen in Deutschland aufrechterhalten. Die Herrschaft dieser Klasse muß gebrochen werden.

Abg. Adolf Hoffmann (U. Soz.): Auch wir erblicken in dem Kompromißantrag ein Ausnahmewahlrecht gegen Polen und Sozialdemokraten. Die Regierung will nicht auflösen. Seht es an der Front schieß, dann marschierst das Wahlrecht, im anderen Falle marschieren die Wahlrechtsminister.

Abg. Gronowski (Ztr.) begründet seinen Antrag. Abg. Dr. Ludewig (natl.) tritt für Ausdehnung der Verhältniswahl auf Oberschlesien ein.

Abg. Hoff (Sp.): Die jetzige Wahlkreiseinteilung gibt den dünn bevölkerten Gegenden ein ungeheures Uebergewicht. Diese Ungerechtigkeit soll noch durch eine Dreiviertel-Mehrheit geschützt werden. Das ist direkt eine Provokation des Volkes. (Stürmische Zustimmung links.) Geradezu unbegreiflich ist, daß die Kompromißanträge den Großstädten und den Industriegegenden das versagen wollen, was sie jetzt den gemischt-sprachlichen Bezirken gewähren.

Abg. Lüdtke (freik.): Ich halte das Verhältniswahlrecht für ein ungeeignetes Mittel zum Schutze des Deutschums im Osten. Die Verhältniswahl soll immer nur die Ausnahme bleiben.

Hierauf folgt die Abstimmung. Die Dreiviertel-Mehrheit wird nach einer Gegenprobe vom Präsidenten für angenommen erklärt. Die Wichtigkeit dieser Beurteilung wird von der Linken in erregten Zurufen begreifelt.

Abg. Adolf Hoffmann (U. Soz.) bemerkt, daß das Bureau nur aus Wahlrechtsgegnern bestehe. (Stürm. Entrüstungsrufe rechts. — Der Präsident ruft Hoffmann zur Ordnung.)

Der Kompromißantrag über die Verhältniswahl wird angenommen, alle anderen Anträge werden abgelehnt.

Danach gab es noch ein Nachspiel wegen der gestrigen Debatten.

Die Abgg. v. Kries (kons.) und v. Schleinitz (freik.) verteidigten die Haltung ihrer Parteien bei der gestrigen Abstimmung über den Antrag, der den

Kriegsbeschädigten eine Zusatzstimme geben wollte. Die Abgg. Hirsch (Soz.), Hoffmann (U. Soz.) und Hoffmann (U. Soz.) setzten zu diesem Punkte mit scharfen Angriffen ein.

Den Schluß machte das Mantelgesetz mit den

Sicherungsanträgen. Diese begründete kurz der Abg. Dr. Veil. In namentlicher Abstimmung stimmten dafür 315 gegen 62 Stimmen.

Auch die Bestimmung über die Dreiviertel-Mehrheit für zukünftige Abänderungen der Verfassung wurde in namentlicher Abstimmung gegen die Stimmen des Zentrums erledigt, worauf das ganze Gesetz gegen die Fortschrittler, Sozialdemokraten sowie den größten Teil des Zentrums und der Nationalliberalen Annahme fand.

Morgen: Kultus rat.

Vom U-Boottkrieg.

U-Boottente.

(Amtlich.) Berlin, 12. Juni. Im Mittelmeer wurden durch unsere U-Boote 6 Dampfer von zusammen 22 000 Bruttoregistertonnen versenkt. Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Die Neubauten enttäuschen.

Den überschüssigen Behauptungen von Lloyd George über das angeblich erreichte Gleichgewicht zwischen Schiffsbau und Schiffvernichtung tritt unter dem 30. Mai auch das erste englische Neederfachblatt, "Fairplay", mit ruhiger Sachlichkeit entgegen. Es schreibt: „Die letzte Rede von Lloyd George in Edinburgh kennzeichnet sich wiederum durch dieselbe Unbestimmtheit, die wir an ihm gewohnt sind, und die sich zwar lieblich anhört, aber als dürftig herausstellt, sobald man ihr auf den Grund geht. Wir zweifeln natürlich nicht an dem guten Glauben des Premierministers, aber erkennen weder Zweck noch Berechtigung für seine ständig wiederholte Hoffungslosigkeit. Tatsache ist, daß England nach den amtlichen Angaben der Admiralsität im ersten Viertel dieses Jahres 320 280 Bruttoregistertonnen erbaute und 695 380 Bruttoregistertonnen, also über das Doppelte der Neubauten, verlor. Dies ist eine Entwicklung, die mit Notwendigkeit zum Zusammenbruch führt, wenn sie nicht aufgehalten wird.“ Nach amtlichen deutschen Angaben ist das Verhältnis zwischen Schiffbau und Versenkungen für ersteren noch erheblich ungünstiger. Nachdem aber auch die „Times“ vom 4. April sowie „Daily Telegraph“ und fast alle übrigen urteilsfähigen Stimmen drüber das Schiffsbauresultat der ersten drei Monate dieses Jahres als „enttäuschend“ bezeichnet haben, bleibt für deutsche Begriffe nur noch zu verwundern, daß ein leedsches Blatt wie die Engländer sich von einem Minister vom Schlage Lloyd Georges immer wieder irreführen läßt. Als einzige Erklärung hierfür bleibt, daß sich im weiten britischen Reich kein Staatsmann findet, der die Erblichkeit eines Lloyd George heute noch übernehmen möchte.

Von den Fronten.

(Amtlich.) Großes Hauptquartier, den 12. Juni 1918. (WZB.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht: Artilleriekampf wechselt die Stärke. Die Infanterietätigkeit blieb auf Erdungsgesichte beschränkt.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz: In schweren Kämpfen hat die Armee des Generals von Hutier gestern den erwarteten zur Wiedereinnahme des Höhenbogens südwestlich von Rohon geführten großen Gegenangriff mehrerer französischer Divisionen zum Scheitern gebracht. Unter schwersten Verlusten wurde der Feind auf seiner ganzen Angriffsfront von De Boyron bis Anteuil zurückgeworfen. Seine in großer Zahl zum Einsatz gebrachten Panzerwagen liegen zerstört auf dem Schlachtfeld. Zwischen Mery und Bellon, wo der feindliche Ansturm an unserem Gegenstoß scheiterte, dauerten erbitterte Kämpfe bis zur Dunkelheit an. Das westliche Oise-Ufer nördlich der Mah-Wandung wurde vom Feinde gesäubert. Die Zahl der von der Armee eingebrachten Gefangenen hat sich auf mehr als 13 000 erhöht.

Der Verlust der Höhen südwestlich von Rohon zwang den Feind zur Räumung seiner Stellungen im Carlepont-Walde auf dem Ostufer der Oise. Dem weitenden Feinde stehen wir über Carlepont und Calones stark nach und erreichten kämpfend die Linie nördlich von Bailly-Trach De Bal-westlich Ramepel. Hartnäckig und ohne Opfer scheuend setzte der Feind seine vergeblichen Angriffe nordwestlich von Chateau-Thierry fort. Mehrfacher Ansturm brach hier blutig zusammen.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Gewaltige Beute im Westen.

Die Zahl der Gefangenen, die seit dem 21. März die Entente im Westen an Deutschland verlor, hat sich auf über 205 000 erhöht. Desgleichen ist die Gefangenenbeute, die bisher 2250 betrug, infolge des neuen deutschen Sieges zwischen Montdidier und Rohon gewachsen. Die Entente hat nunmehr auf den verlassenen Angriffsfronten das gesamte, auf über 270 Kilometer eingebaute Stellungsmaterial in der ganzen Tiefe der hintereinander liegenden Verteidigungszone mit ungezählten Munitionslagern, Depots und Bahnen verloren. Die blutigen Verluste haben sich zu ungeheuren Zahlen gesteigert.

Vermischtes

Die Kreuzotter, die einzige deutsche Giftschlange, tritt zur Zeit häufiger auf, wie alles Ungelesene und alle andere Menschheitsplage. Der 10-jährige Sohn des Fuhrers Kramann in Bargfeld wurde von einer Kreuzotter in die Wade gebissen. Die Wunde wurde sofort vom Vater ausgesogen und abgebunden. Doch das Bein schwoll schnell an. Nach ärztlicher Behandlung trat Besserung ein. — Auch ein Jagdhund des Besitzers Schierbed in Wiemerskamp ist von einer Kreuzotter gebissen worden; er verendete bald darauf.

Prüfmaner als gewerkschaftliche Einbrecher. Die Strafkammer in Danzig verurteilte gegen 5 Prüfmaner, die seit fünfjährigem Jahren Einbruchsdiebstähle in Danzig und Langfuhr verübt hatten. Der Wert der entwendeten Gegenstände soll sich auf ungefähr 50 000 Mark belaufen. — Entschuldigter Beitrag zu dem traurigen Kapitel: Jugend von heute!

Von dem Kriegstraumunmut. Eine arge Ueberrassung wurde einem unvermutet auf Urlaub kommenden Landsturmmann in Leipzig bereitet. Er fand vor seiner Wohnung einen Möbelwagen, der seine Wohnungsausstattung fortbringen sollte. Die leichtsinnige „Chefrau“, die während der Abwesenheit ihres Mannes mit Freunden und Freundinnen ein lustiges Leben führte, stand im Begriff, die sämtlichen Möbel zu Geld zu machen und dann zu verschwinden.

Volkswirtschaftliches.

Berlin, 12. Juni. (Börse) Die innerpolitischen Verhältnisse, besonders die bevorstehenden Steuererlastungen, haben den Kaufandrang der Privatkasse einigermaßen gedämpft. Andererseits sorgen die günstigen Heeresberichte für die Fortdauer der zureichenden Grundstimmung des Marktes.

Berlin, 12. Juni. (Warenmarkt. Nichtamtlich.) Serrabella 85—92, Saatlupinen 44, Rotklee 260—276, Gelbklee 96—106, Weisklee 160—176, Timothy 96—106, Rappgras 108—120, Anaulgras 108—120, Spörgel 110 bis 135, Heidekraut bis 3,60 für 50 Kilo ab Station, Fliegelfstroh 4,75—5,25, Preßstroh 4,75, Maschinenstroh 4,00—4,25.

Mit der Kleider-Preisabnahme wird bestimmt gerechnet, und dementsprechend wächst der Widerspruch. So heißt es im „Berl. Vol.-Anz.“:

„Die Kleiderabgabe bleibt eine ungerechte Sache. Wie kommt man dazu, uns die Kleider vom Leibe zu ziehen, um sie Munitionsbearbeitern mit 2 Mark Stundelohn anzuziehen? Die Herren sind doch gewiß in der Lage, sich selbst zu versorgen. Man steht sie dann anders als mit Zigarre oder Zigarette im Munde einherstreiten, sie amüßieren sich im Café und Kino und trinken Sekt. Sonntags paradien sie in ihrer Art sehr elegant einher. Auf der Bahn fahren sie standesgemäß 2. Klasse. Sollten sie sich nicht auch ihre Arbeitskleider selber kaufen?“

Allgemein empfindet man es als höchst ungerecht, daß der Mittelstand, der es so wie so schon so schwer hat in diesem Kriege, andererseits aber — um Stellung zu finden und zu belibiden — auf Neuheres mehr halten muß als die Arbeiter, auch noch für diese seine Kleider hingeben soll. Warum kann sich der Arbeiter überhaupt der Arbeiter keine Kleider nicht leisten beschaffen? Er ist neben den Kriegsgewinnlern der Einzige, der in diesem Kriege viel Geld verdient. Die Leute sitzen in Weinhandlungen herum, trinken teure Weine mit mehr oder weniger Verstand und benehmen sich so, daß die großen und bedeutenden Weinrestaurants lediglich aus diesem Grunde des Sonntags ihre Tische schließen. Und für diese gut verdienenden Leute soll nun noch der weniger Bemittelte seine Garderobe hergeben? Ist es denn unbedingt nötig, daß der Arbeiter von hinten und vorne mit Schokolade begossen wird? Sein Recht muß und soll ihm ja selbstverständlich werden. Aber Wohlstand auf Kosten des Mittelstandes braucht er gegenwärtig doch eigentlich nicht.“

Wollkurzus. Vom 22. April bis 2. Mai fand in der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin ein Wollkurzus statt. Teilnehmer waren Wollrevisoren der Kriegsamtstellen, sowie Beamte der Landwirtschaftsbehörden. Sachverständige von Ruf unterrichteten über die Erfahrungen auf den einzelnen Spezialgebieten. Der vollständige Teil fand besondere Berücksichtigung durch Übungen mit Proben. Während des Kurzus wurde eine Muster-Schäuferei, eine Wollspinnerei und Weberei, sowie eine Wollwäscherei und Kammerei besichtigt und in letzterer die Behandlung der Wolle von der Sortierung bis zum Versand mit praktischen Übungen kennen gelernt.

Locales und Provinzielles.

Artikel mit dem Zeichen * sind Originalartikel und dürfen nur mit genauer Quellenangabe nachgedruckt werden.

* Mainz, (zm). Gestern mittags 12.45 Uhr fand in der Metallwarenfabrik Busch hier eine Explosion statt, bei der ein kleineres Betriebsgebäude zerstört wurde. Leider sind außer dem Materialschaden auch mehrere Menschenopfer zu beklagen. Bis jetzt wurden festgestellt 3 Tote und 60 bis 65 Verletzte, darunter 10 Schwerverletzte; von den letzteren ist noch einer seinen Wunden erlegen. Der Betrieb der Fabrik ist nicht gestört.

* Eine Gemeindevorstellung findet am kommenden Montag statt. Die Tagesordnung werden wir in der Samstagsnummer veröffentlichen.

* Herr Bürgermeister Kleinschmidt in Igstadt wurde am Montag für die Dauer von 8 Jahren einstimmig wiedergewählt.

Angeltigkeit der silbernen Zweimarkstücke. Die Reichsbank macht darauf aufmerksam, daß die silbernen Zweimarkstücke, die seit Beginn dieses Jahres ihren gesetzlichen Umlaufwert verloren haben, nur noch bis zum 30. Juni an allen öffentlichen Kassen zum vollen Werte angenommen und umgetauscht werden. Von der Aushändigung sind nur diejenigen Zweimarkstücke ausgenommen, die als Denkmünzen geprägt wurden.

Wiesbadener Theater.

Königliches Theater.

Donnerstag, 13. Ab. C. Die Jüdin. 7 Uhr.
Freitag, 14. Ab. D. Wie es Euch gefällt. 7 Uhr.
Samstag, 15. Geschlossen.

Residenz-Theater, Wiesbaden.

Donnerstag, 13. Die tolle Komtesse. 7½ Uhr.
Freitag, 14. Die tolle Komtesse. 7½ Uhr.
Samstag, 15. Neuheit. Die ungetraute Adelheid. 7½ Uhr.

Kurhaus Wiesbaden.

Konzerte in der Rochbrunnenanlage täglich an Wochentagen 11, Sonn- und Feiertags 11½ Uhr.

Donnerstag, 13. 4 und 8 Uhr. Abonn.-Konzert des Kurorchesters.

Freitag, 14. 4 Uhr. Abonnem.-Konzert des Kurorch. 8 Uhr. Symphoniekonzert.

Samstag, 15. 4 und 8 Uhr. Abonnements-Konzert des Kurorchesters.

Das Feldheer braucht dringend Hafer
Heu und Stroh! Landwirte helft dem
Heere!

Bekanntmachungen.

In den hies. Geschäften kommt an die Einwohner-schaft Marmelade im freien Verkehr zum Verkauf.

Die Verteilung des Fleisches findet am nächsten Samstag von 7—1 Uhr in nachstehender Reihenfolge statt:

Nr.	1—300	von	7—8 Uhr
"	301—600	"	8—9 "
"	601—900	"	9—10 "
"	901—1150	"	10—11 "
"	1151—1400	"	11—12 "
"	1401—aus	"	12—1 "

Das Quantum wird noch bestimmt und wird alles Nähere an den Plakatsäulen angeschlagen.

Einwickelpapier oder Zeller sind mitzubringen. Wegen des herrschenden Kleingeldmangels ist der Betrag abgezählt bereit zu halten, oder genügend Wechselgeld mitzubringen, da die Verkäufer nur auf volle Mark herausgeben können.

Die Reihenfolge ist streng einzuhalten und sämtliche Brotkartenausweise vorzulegen.

Betr. Heuabgabe.

Wegen der Abgabe von Heu an die Heeresverwaltung haben alle Verpächter von Wiesen und Aeckern in ihrem eigenen Interesse bis zum 15. Juni ein Verzeichnis über die verpachteten Grundstücke auf Zimmer Nr. 8 im Rathhaus abzuliefern.

Der Schießplatz bei Rimbach wird auch am 22. Juni von 9 bis 12 Uhr 2 Nachm. benzt.

Bierstadt, den 13. Juni 1918.

Der Bürgermeister. Hofmann.

Gefunden wurde ein Schlüssel. Abzuholen bei der Bürgermeisterei von dem rechtmäßigen Eigentümer.

Samstag, 15. Juni Mittags 12 Uhr werden
a) die der Gemeinde Bierstadt gehörigen, Distrikt Quernbach belegenen 38 Stück Wiesen auf die Dauer von 9 Jahren
b) das der Gemeinde gehörige Distrikt Linde belegene Grundstück auf die Dauer von 6 Jahren auf dem Rathhaus öffentlich meistbietend verpachtet.

Auf telegraphische Anfrage bei dem preuß. Landes-Getreideamt wurde mitgeteilt, daß nur Gemenge aus Hafer und Gerste ohne weiteres zu Grünfütterzwecken abgefüttert werden kann, also Hafer allein und Gerste allein angebaut zu Grünfütterzwecken nicht abgemäht werden darf, sondern zur Reife kommen muß. Zuwiderhandlungen werden nach der Reichsgetreideordnung vom 29. Mai bestraft.

Bierstadt, den 13. Juni 1918.

Der Bürgermeister. Hofmann.

Für die landwirtschaftlichen Arbeiter kommt eine begrenzte Menge Schuhwerk Kriegsfußel mit Vollholzsohlen, deren Schäfte und Gewebe mit Lederblatt und gefüllten Lederhinterböden versehen sind, zur Verteilung. Landwirtschaftliche Lohn-Gilfsarbeiter und -arbeiterinnen welche der Schuhe dringend bedürftig sind, wollen sich wegen Ausfertigung eines Ausweises umgehend auf der Bürgermeisterei hier melden.

Im Sinne der von dem Herrn Gouverneur der Festung Mainz erlassenen Vorschriften zum Schutze gegen Fliegerangriffe wird die Straßenbeleuchtung während der Sommermonate Juni, Juli und August gänzlich in hies. Gemeinde eingestellt.

Diese Maßnahme wird mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß etwaiges Befahren und Betreten der unbelichteten Straßen und Plätze auf eigene Verantwortung erfolgt.

Durch einen beim Kriegswirtschaftsamt tätigen Landwirtschafts-Belehrer ist in diesen Tagen eine Anzahl zuverlässiger älterer Schüler höherer Lehranstalten als Maschinensführer ausgebildet worden. Hierbei wurden die jungen Leute auch darin unterwiesen, wie sie mit den Gaspannieren umzugehen haben und wie sie die Maschinen zu behandeln, nötigenfalls auch selbst kleine Reparaturen daran vorzunehmen haben.

Die so ausgebildeten Jungmänner können den Landwirtschafts-Belehrer für die demnächst beginnende Ernte zur Verfügung gestellt werden.

Der Bedarf ist angesichts der geringen Zahl möglichst frühzeitig hier anzumelden.

gez. Emmerling, Hauptmann.

Wird hiermit veröffentlicht.

Bierstadt, 13. Juni 1918.

Der Bürgermeister. Hofmann.